

How to Feed the World Tomorrow Leitbilder einer zukünftigen Welternährung

Bericht zum entwicklungspolitischen Symposium der Welthungerhilfe
18. Juni 2009, World Conference Center Bonn

Nr. 9/Juli 2009

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hungern weltweit rund eine Milliarde Menschen – und diese Zahl wird weiter steigen, wenn nicht heute die richtigen Weichen für eine globale Ernährungssicherheit gestellt werden. Wie muss eine Agrarentwicklung aussehen, die gleichzeitig zur Überwindung von Hunger, Armut und Energiemangel beiträgt und zudem klimafreundlich ist? Welche Schnittmengen und Mittelwege zwischen industrieller, exportorientierter und kleinbäuerlicher, ökologischer Landwirtschaft gibt es?

Zu diesen Fragen diskutierten unter der Moderation von Mirjam Gehrke (Deutsche Welle):

Tom Arnold - Chief Executive Concern Worldwide, Irland, Mitglied der UN Hunger Task Force

Benedikt Haerlin - Leiter des Berliner Büros Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Rainer von Mielecki - Head of Global Public / Government Affairs Crop Protection BASF

Norah Owaraga - Chief Executive Officer Executive Support Services, Uganda

Dr. Hans-Joachim Preuß - Vorstandsvorsitzender Welthungerhilfe

von Uwe Hoering

Früher bekam ein Kind, wenn es sein Pausenbrot in die Tonne haute, zu hören: Aber es gibt so viele hungernde Menschen. Ist heute die Forderung, weniger Fleisch zu essen, ähnlich absurd? Ist sie „Agrar-Romantik“ oder ist sie eines der Leitbilder einer zukünftigen Welternährung, die auf dem entwicklungspolitischen Symposium der Welthungerhilfe am 18. Juni 2009 in Bonn zur Diskussion gestellt wurden?

Der Unterschied liegt auf der Hand: Anders als ein Pausenbrot sind das Schweineschnitzel oder das Hähnchen, die im Supermarkt in der Kühltheke liegen, Teil einer globalen Produktionskette: die Futtermittel kommen aus Brasilien, die Hähnchenflügel und -rücken werden tiefgekühlt nach Kamerun exportiert. In Brasilien vertreiben die riesigen Soja-Monokulturen Kleinbauern, in Kamerun die billigen Importe einheimische Aufzuchtbetriebe und Händlerinnen. Die Folgen sind Armut und damit unzureichende Ernährung und Hunger. Denn die meis-

ten Menschen hungern bekanntlich nicht, weil es nicht genug Nahrung geben würde, sondern weil ihnen das Geld fehlt, um sie zu kaufen, oder das Land, um sie selbst anzubauen. Armut ist, abgesehen von Kriegs- und Krisensituationen, die Voraussetzung von Hunger und mangelhafter Ernährung.

Die weltwirtschaftliche Krise und die Tortilla-, Reis- und Brotaufstände haben dieses Hunger-szenario (kurzzeitig) wieder ins Bewusstsein gehoben. Dabei ist der eigentliche Skandal nicht einmal der Anstieg der Zahlen auf „historische Höhe“, den die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO gerade wieder vermeldete, auch wenn er ein erschreckendes Signal ist, sondern die Tatsache, dass es einen Hunger-Sockel gibt, der durch alle Produktionssteigerungen, Absichtsbekundungen und Entwicklungsmaßnahmen nicht gesenkt werden konnte. Da ist der Erfolg, dass der Anteil der

hungernden Menschen trotz wachsender Weltbevölkerung gesunken ist, ein schwacher Trost, zumal er in den Entwicklungsländern seit 2003 wieder ansteigt.

Marktversagen und Politikversagen

Ein positives, hoffnungsvolles Zeichen ist, dass aufgrund der Krise das Vertrauen in die Weisheit und Lösungskompetenz der Märkte erschüttert ist und wieder mehr Staat gefordert wird. Denn aufgrund der Strukturanpassungspolitiken haben sich in den 1980er und 1990er Jahren viele Regierungen aus der Verantwortung für die landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung zurückgezogen bzw. auf Drängen der Bretton Woods-Institutionen zurückziehen müssen. Nicht nur in Uganda ist „der Staat nicht effektiv“, weil das neoliberale Modell als Entwicklungsstrategie auf den Markt und die private Wirtschaft setzte. Das wird inzwischen durchaus als Fehler erkannt.

Eine Möglichkeit wäre auch, die Regierungen der Länder, in denen gehungert wird, stärker an ihre Verantwortung für das Menschenrecht auf Nahrung zu erinnern – im Politikdialog, durch einen Exportbann für Nahrungsmittel aus Hungerregionen, durch eine Stärkung der Zivilgesellschaft, die viel zu wenig Gehör findet bei den politischen Entscheidungsträgern. Denn, so die Binsenweisheit, „nicht alles ist Schuld des Nordens“. Auch Regierungen des Südens haben natürlich ihren Anteil. Aber das allein reicht noch nicht aus, um sicher zu stellen, dass jeder genug zu essen hat – nicht nur jene, die jetzt ausgeschlossen sind, sondern auch eine weiter wachsende Weltbevölkerung.

Produktionssteigerungen – aber wie?

Produktionssteigerungen scheinen da die wichtigste Priorität. Für höhere Produktivität sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, wozu nicht nur aus Sicht der Industrie auch gentechnisch veränderte Organismen gehören. Doch die Bedingungen dafür sind heute schlechter als vor einem halben Jahrhundert, als die Grüne Revolution mit ihrem Technologiepaket aus Bewässerung, Agrarchemie und Hochertragssorten von Reis, Weizen und Mais die Produktionssteigerungen brachte, um den Hunger einzudämmen. Die Wachstumspotenziale dieser industriellen Landwirtschaft sind weitgehend ausgeschöpft, produktive Ressourcen wie Land und Wasser können nur sehr eingeschränkt weiter gesteigert werden. Über Technologie und Investitionen entscheiden heute nicht die Regierungen, sondern kommerziell orientierte Konzerne. Dazu kommen die Konkurrenz durch agrarische Rohstoffe wie Agrarsprit und die unabsehbaren Auswirkungen des Klimawan-

dels, die nach den Prognosen der Forschung vor allem die Landwirtschaft in jenen Regionen beeinträchtigen wird, die jetzt schon mit schwierigen agro-klimatischen Bedingungen kämpfen, wie zum Beispiel Afrika. Wie also mehr erzeugen mit dem, was bereits genutzt wird, vermutlich sogar mit weniger? Denn Prozesse wie Verstädterung und Umweltschäden lassen die Fläche, die für die Landwirtschaft zur Verfügung steht, schrumpfen, bei wachsender Weltbevölkerung steht zudem pro Kopf weniger Land zur Verfügung.

Dauerhaft höhere Preise für Agrarprodukte, wie sie absehbar sind, können hier einen Anreiz bieten. Doch Produktionssteigerungen allein reichen nicht aus, wie die Vergangenheit zeigt. Trotz immer neuer Rekordernten erreichen die



San Andres, Ecuador: Ein Mann spritzt kaum geschützt giftige Pestizide auf sein Kartoffelfeld. Foto: Welthungerhilfe 2006

Zugewinne nicht alle Menschen, solange die Umverteilung nicht klappt. Sozialpolitik kann hier ebenso eine Funktion haben wie Instrumente der Entwicklungspolitik, finanzielle Transfers und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Doch angesichts der Größenordnungen sollte auf solche nachsorgenden Problemlösungen, die versuchen, Produktionszuwächse mühsam über Sozialpolitik, Weltmarkt oder Nahrungsmittelhilfen umzuverteilen, nicht allzu viel Hoffnung gesetzt werden.

Alternative wäre eine Landwirtschaft, die direkt der Ernährung dient, eine Strategie, die auch darauf orientiert, was produziert wird, durch wen und für wen: Denn die Mehrheit der Menschen, die so arm sind an finanziellen und anderen Ressourcen, dass sie hungern, lebt in den ländlichen Regionen. Ihre Probleme sind unzureichender Zugang zu Land, Trockenheit, Schädlinge oder geeignetes Saatgut. Und hier muss vor allem bei den Frauen angesetzt werden, den Bäuerinnen, die nach wie vor den Großteil der Nahrungsmittel erzeugen. Auch die Entscheidungen über die geeigneten Technologien, zum Beispiel Gentechnik, über Ziele und Aufgaben der Agrarforschung und über die Ausrichtung der Subventionen und anderer

Fördermaßnahmen durch die Politik, die staatliche und nichtstaatliche Entwicklungspolitik eingeschlossen, müssten sich an dieser Alternative orientieren.

Entwicklungsansätze für diese bäuerliche Landwirtschaft müssen weitgehend ohne teure äußere Inputs auskommen, da sie vielfach nicht das Geld dafür verdient und Mikrokreditprogramme die Lücke kaum schließen können. Erfolgreiche Praktiken für Bewässerung, Düngung oder Schädlingsbekämpfung mit angepassten, oft traditionell bewährten Methoden, basierend auf dem Erfahrungswissen der Bäuerinnen, gibt es genügend. Was hier produziert wird, geht überwiegend direkt in die eigene Versorgung oder über lokale Märkte in die Region. Damit einher gehen muss eine andere



Peru: Kleinbauern am Rande des Manu Nationalparks
Foto: Welthungerhilfe 2007

Vorstellung von Effizienz: nicht höhere Rendite aus einem Stück Land herauszuholen sollte das Kriterium sein, sondern mehr Nahrung. Dafür ist der Mischanbau besser geeignet als Monokulturen. Diese Produktionsweise hätte den erfreulichen Nebeneffekt, dass damit auch anderen Bedrohungen wie der Umweltkrise zu Leibe gerückt werden könnte.

Anders als bisher braucht eine solche agro-ökologische Landwirtschaft, deren Potenziale für erhebliche Produktionssteigerungen längst nachgewiesen sind, allerdings nicht nur mehr Förderung. Sie braucht auch Schutz vor der Konkurrenz durch die (subventionierten) Bauern aus den Industrieländern, vor Handelsliberalisierung, die nachweislich einheimische Landwirtschaft in ihrer Entfaltung begrenzte und zu Armut und Hunger beitrug. Der Weltmarkt gilt daher manchen als „Gift für eine nachhaltige Entwicklung“. Die agro-ökologische Landwirtschaft kann global nicht wettbewerbsfähig sein mit den industriell produzierenden Bauern in Europa, sie muss es aber auch nicht sein, um den Hunger zu bekämpfen. Eines der Hindernisse für ihre breite Umsetzung ist allerdings, dass sie weniger attraktiv ist für Regierungen, die Deviseneinnahmen wollen, und für

eine Agroindustrie, die ihre Erzeugnisse absetzen will.

Ist eine Umsetzung der agro-ökologischen Landwirtschaft schon schwierig genug, scheint die Veränderung von Konsumgewohnheiten noch sehr viel schwieriger. Weniger konsumieren, wegwerfen, vernichten? Oder eben geringerer Fleischverbrauch? Die erforderlichen Produktionssteigerungen, etwa bei Mais oder Getreide, wären dann sicher sehr viel geringer, und damit der Land- und Kapitalbedarf. Gesamtwirtschaftlich gesehen macht das daher Sinn. Doch es erinnert auch ein wenig an das Pausenbrot. Denn dadurch allein hat kein Hungernder mehr in der Schüssel. Und auch hier gibt es mächtige wirtschaftliche Interessen, die Veränderungen im Bewusstsein und Kaufverhalten entgegenwirken.

Weichenstellungen

Die Krise hat Hoffnungen auf einen Politikwechsel geweckt. Es gibt zahlreiche Absichtserklärungen, der landwirtschaftlichen Entwicklung insgesamt und der Ernährungssicherheit insbesondere nach Jahrzehnten der Vernachlässigung und der Abschiebung der Verantwortung auf nichtstaatliche Organisationen wieder größere Priorität auf staatlicher, entwicklungspolitischer Ebene zu geben.

Ob das dauerhaft ist, bleibt abzuwarten. Und ob die Maßnahmen, die jetzt eventuell angeschoben werden, geeignet sind, den Hunger zu verringern, muss ebenso abgewartet werden. Zwar besteht Einigkeit darüber, dass *Business as usual* keine Option mehr ist. Aber Weichenstellungen können in sehr unterschiedliche Richtungen führen.

Autor

Dr. Uwe Hoering
Freier Journalist, Bonn

Ansprechpersonen

Constanze von Oppeln
Referentin Ernährungspolitik
Email: constanze.vonoppeln@welthungerhilfe.de

Dr. Rafaël Schneider
Referent für Entwicklungspolitik
Email: rafael.schneider@welthungerhilfe.de

Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Friedrich-Ebert-Str.1
D-53173 Bonn
Phone: +49-228-2288-0
Fax: +49-228-2288-188